

## Sondersitzung des Stadtrates vom 14.06.2005

### Wortprotokoll

#### Zu 1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003 Vorlage: IV/2004/04603

---

#### **Auf Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger wurde ein Wortprotokoll erstellt:**

Herr Bartl: „Herr Weiland bitte.“

Herr Weiland: „Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herrn. Eine Bemerkung möchte ich auch zu meinem Vorredner, zu mein Vorredner ermöglichen. Lieber Herr Meerheim, wie viel Großkonzerne haben wir denn in der Stadt Halle? Es wäre schön, wenn´s ein paar wären. Das größte Unternehmen ist nach meiner Kenntnis immer noch die Stadtwerke und die dürfen für die Steuergeschenke der Bunderregierung höchstens...“

Beifall und Zwischenrufe

Herr Weiland: „Die diesjährigen Beratungen zu den Haushalt unserer Stadt Halle begannen und endeten wie auch in den vergangenen Jahren mit Ergebnissen, die man also selbst bei wohlwollender Betrachtung nur als katastrophal defizitär bezeichnen kann. Sicher sind die Rahmenbedingen in Deutschland nach wie vor schlecht und wir haben´s insbesondere mit dem Problem der „schrumpfenden Stadt“ zu tun. Ich meine damit den Einwohnerrückgang und die sich daraus ergebenden vielfältigen Effekte, die auch für Halle, alle lang und breit beschrieben werden und mein Vorredner hat es eben auch gerade erwähnt. Ich denke ich brauch das nicht alles zu wiederholen. Hinzu kommt in Sachsen-Anhalt noch eine Landesregierung, die sich hartnäckig weigert zur Kenntnis zunehmen, dass die Frage des Gebietszchnittes für die großen Städte des Landes in allererster Linie auch eine Frage der Stärkung der überregionalen Konkurrenzfähigkeit eben dieser Städte und damit auch des ganzen Landes ist. Aber zurück zum Haushalt der Stadt Halle, der heute und hier mit der ausgiebig beratenden Vorlage der Stadtverwaltung beschlossen werden soll. Was fällt auf in diesem Papier? Die Stadt finanziert sich nur zu einem fünftel aus Steuern, ansonsten aus den Finanzzuweisungen und den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb. Die letzten beiden Einnahmepositionen werden dabei noch von einem deutlichen Harz IV-Effekt erhöht. Ich werde später darauf zurückkommen. Die Ausgaben der Stadt bestehen zu 30,8% aus Personalausgaben, zu 41,1 % aus den Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand und zu 21,5 % aus den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse. Also, ÖPNV, Sozial- und Jugendhilfe und andere. Die Senkung der Personalkosten über einen Zeitraum von 2001 bis jetzt, wird dabei nicht plausibel, da gleichzeitig die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand erheblich steigen. Dieser vorgefundene Zustand deutet eher darauf hin, dass offensichtlich lediglich eine Umverteilung der Belastung von Personalkosten zu Sachkosten stattgefunden hatten. Eine diesbezügliche Frage von mir im Finanzausschuss wurde auch nur sehr unzureichend beantwortet. Ein Beispiel dieser Vorgehensweise hatten wir auch in den vergangenen Monaten insoweit, als Neueinstellung nicht in der Stadtverwaltung vorgenommen wurden, auch weil es bereits tarifrechtlich nicht möglich ist, sondern im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, der deshalb natürlich einen erhöhten Sachkostenzuschuss erhält. Diese Vorgehensweise hat jedenfalls mit praktizierter Haushaltskonsolidierung nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wir stehen also insgesamt vor einer besorgniserregenden Entwicklung des städtischen Haushaltes. Die Situation ist auch deshalb so prekär,

weil das Defizit des städtischen Haushalt, welches im Jahr 2005 ca. 237 Mio € betragen wird, in kürzester Zeit aufgehäuft wurde. Im Jahr 2002 war der Haushaltsplan nicht das Ergebnis, noch ausgeglichen. Innerhalb von nur vier Jahren haben wir somit das derzeitige Defizit produziert. Das können letztlich nicht nur äußere Effekte gewesen sein, sondern die Stadt Halle hat, auch wenn das eine durchaus unbequeme Wahrheit ist, deutlich über ihre Verhältnisse gelebt. Gerade haben einige meiner jetzigen Fraktionskollegen und auch ich immer wieder auf die finanzielle Unsinnigkeit bestimmter städtischer Vorhaben hingewiesen.“

Herr Bartl: „Herr Weiland, Entschuldigung. Ich will sie mal unterbrechen. Ich bitte im Vorraum um Ruhe. Sonst werden die Türen geschlossen. Also, ich bitte um Ruhe. Bitte Herr Weiland.“

Herr Weiland: „Ich erinnere hier nur an die Berliner Brücke. Der Neubau, der von der Verwaltung quasi schön gerechnet wurde, die Quittung haben wir dieses Jahr mit Mehrkosten in Millionenhöhe präsentiert bekommen. Die nächste derartige unsinnige Maßnahme wird vermutlich der Bau des dritten Saaleüberganges. Hier haben wir übrigen im Finanzausschuss die Streichung der Planungsmittel beantragt, aber dafür leider keine Mehrheit gefunden. Es wäre auch schön gewesen, wenn die Kollegen der PDS im Planungsausschuss vollständig unserem Antrag zugestimmt hätten, dann wäre er wahrscheinlich durchgegangen. Soviel zu meinen Vorredner noch mal. Ich darf an meine Worte zum Eingang über die schrumpfenden Städte erinnern. An vielen Stellen der Stadt realisieren und finanzieren wir den Rückbau der städtischen Infrastruktur, tun es aber bei dem genannten Projekt so, als ob wir ein Bevölkerungswachstum mit steigenden innerstädtischen Verkehrsaufkommen hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Meine Damen und Herren, sie müssen es nur zur Kenntnis nehmen. Die Stadt Halle ist längst an dem Punkt angekommen, an dem der Aufwand für die Infrastruktur nicht mehr aus dem Betrieb finanziert werden kann. Insofern ist es angezeigt, konsequent den Weg zu gehen, die bestehende Infrastruktur allenfalls noch zu erhalten und darüber hinaus nur Ersatzinvestitionen zu tätigen. Allerdings sollten es nicht solche Kostentreibende wie das genannte Beispiel der Berliner Brücke sein. Wir müssen uns als Stadt den Leitsatz „small is beautiful“ zu Eigen machen. Das hätte auch für solche Projekte wie Olympia 2012 und Phänomene gelten sollen, dann wäre weniger Geld in den Sand gesetzt wurden. Zu allem Überfluss, wurden dann die Reste der Gelder der Olympiabewerbung in solchen zukunftsweisen den Projekten wie einen Kunstrasenplatz versenkt, statt sie zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden. Der jetzt vorliegende Haushalt“

Herr Bartl: „Herr Weiland, ich bitte, ich muss Sie noch mal unterbrechen. Also, das ist für mich jetzt hier die letzte Verwarnung. Ich werde sonst die Türen schließen lassen. Ich bitte jetzt wirklich um Ruhe im Vorraum, vor dem Sitzungssaal. Kann ja verstehen, dass sie, dass die Hörgewohnheiten nicht lange durchhalten, aber wir müssen jetzt weiter konzentriert arbeiten. Also, bitte Ruhe. Bitte, Herr Weiland.“

Herr Weiland: „Der jetzt vorliegende Haushalt beinhaltet einige Grundprobleme. Da ist zum einen die fehlende politische Zielbestimmung im Vorfeld. Da wir die Situation, in der wir uns befinden und die ich gerade skizziert habe, nicht wesentlich verändern können, kommt es darauf an einen politischen Prozess zu initiieren, um eine Zielbestimmung, unter Einbeziehung aller politischer Akteure, hierzu zähle ich selbstverständlich auch die Stadtverwaltung, zu erreichen. Das heißt, wir müssen die Frage klären, wie sichern wir die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bei enger werdenden kommunalpolitischen Entscheidungsspielräumen. Dazu hätte ich die Erwartung, dass mit der Definition strategischer Ziele der Kommunalpolitik Prioritäten für die Haushaltsplanung gesetzt werden. Zusätzlich sollten alle Aufgaben daraufhin überprüft werden, auf welcher gesetzlichen Grundlage sie erfolgen, welchen Ermessungsspielraum und Freiheitsgrad die Stadt Halle hinsichtlich ihrer Verpflichtung zur Umsetzung und der umzusetzenden Standards hat und ob die Aufgaben als Dienstleistungen der Stadtverwaltung im externen und internen Dienstbetrieb unverzichtbar sind. Eigentlich wird es der Oberbürgermeisterin als gewählten und parteiübergreifenden agierenden Stadtoberhaupt zustehen, diesen Prozess anzustoßen und voran zutreiben. Ist ja aber leider eine Fehlangei ge und stattdessen wurde blinder Aktionismus in Kopplung mit handwerklichen mangelhaften

Aktivitäten zur Haushaltssanierung geboten. Sollte es doch noch zu einem solchen Prozess der Bestimmung strategischer Ziele der Kommunalpolitik kommen, biete ich schon mal vorsorglich die Bereitschaft meiner Fraktion zur Mitwirkung dabei an. Das zweite Problem sind der Zustand und die Struktur des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes. Eine Kontrolle, im Sinne einer politischen Zielbestimmung, ist nahezu unmöglich. Und so gesehen waren die Beratungen des Haushaltsplanentwurfes letztlich durchweg unbefriedigend. Herr Bönisch hat es hier sehr eindrucksvoll geschildert. Die Planung ist extrem detailliert ohne aber wirklich interessante Informationen zu Ergebnissen; Produkten, Kosten und Leistungen der einzelnen Geschäftsbereiche zu vermitteln. Dargestellt wird lediglich welche Mittel für welche Aufgaben bereitgestellt werden, aber nicht was mit den Mitteln effektiv geleistet wurde. Eine der aktuellen Entwicklung angepasste Haushaltskonsolidierungsstrategie mit klaren Zielvorgaben unter Einbeziehung der Sondervermögen und Beteiligung, ist nicht erkennbar. Das ist letztlich natürlich auch eine Folge der Kameralistik. Diese Systematik unterstützt keinerlei Kostenbewusstsein in der Verwaltung, die Einzelpläne bilden nicht die Verwaltungsgliederung ab. Das heißt, Überschüsse und Defizite sind hier keiner durch Führungskräfte repräsentierten Organisationseinheit zuzuordnen. Ich kann an dieser Stelle die Verwaltung nur auffordern, die bereits zum Stadtrat beschlossene Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen ohne Verzögerung zu realisieren und nach Möglichkeit zu beschleunigen. Bedauerlicherweise ist der frühere Ansatz der neuen Steuerungssysteme offensichtlich in einer Zwischenphase stecken geblieben und versandet. Unabhängig davon, werden wir auch in der nächsten Sitzung des Stadtrates am 29. Juni ein Antrag einbringen, der - falls er angenommen wird – sichert, dass dem Stadtrat bis September 2005 die Eckwerte für den Haushalt 2006 vorgestellt werden. Damit hoffen wir in die Lage versetzt zu werden, die uns als Stadträten zustehenden Rechte und Pflichten aus der Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung auch tatsächlich wahrnehmen zu können. Zu den Kassenkrediten ist festzustellen, dass diese von 150 Mio € im Jahre 2004 auf 350 Mio € im Jahre 2005 steigen werden. Das sind mehr als 70% der Bruttoeinnahmen. Offensichtlich wirken diese Kredite wie Drogen, die Dosen erhöhen sich, die Wirkung lässt nach, man kommt schwer davon los und die Entziehungskur wird vermutlich schmerzlich sein. Das Ziel kann also nur sein, ein Haushalt zu verabschieden der nachhaltig die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt sichert. Das bedeutet, zum einen Prioritäten zu setzen, auch wenn das im Verlauf des Haushaltsvollzuges immer wieder aus dem Blickfeld gerät und die Effektivität des eingesetzten Mittels zu steigern. Wenn man diesen Maßstab anlegt, ist der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf nicht ausreichend. Zusätzlich muss der Haushalt konsolidiert werden, aber nicht nur wie bisher, eher auf dem Papier, sondern so, dass das strukturelle Defizit reduziert wird und der ungebremste Weg der Stadt in die Verschuldung aufgehalten wird. Das im Anhang zur heutigen Vorlage dargestellte Haushaltskonsolidierungskonzept ist lediglich eine Auflistung Einzelmaßnahmen der Geschäftsbereiche immer noch auf Grund des Roland-Berger-Gutachtens ab dem Jahr 2002 und trägt der aktuellen Entwicklung keine Rechnung. Insbesondere ist unklar, warum allein die Ausgaben, abweichend vom oben genannten Gutachten, höher liegen. Die angebliche Überfüllung, Übererfüllung der Haushaltskonsolidierungsvorhaben sind vermutlich Auswirkungen aus den Harz IV – Veränderungen in den Ausgaben und Zuweisungen und keine haushaltskonsolidierungsbedingten internen Erfolge eigener Sparbemühungen. Die Verwaltung hat im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes den Vorschlag unterbreitet, größere Teile des städtischen Eigentums nach den letzten Diskussionen insbesondere Wohnungsbestände zu veräußern, und damit alt und neu Defizite des Verwaltungshaushaltes auszugleichen. Ein solcher Schritt kann sinnvoll sein, aber in unserem Fall ist er es nicht. Warum? Weil eine Ablösung der Altschulden erst nach der Beseitigung des strukturellen Haushaltsdefizits sinnvoll ist. Das aber ist in diesem Haushaltsplanentwurf nicht der Fall. Es ist für mich nicht erkennbar, dass damit eine wirkliche Konsolidierung gelingt, weil ich davon ausgehe, dass die Sparbemühungen nicht ausreichen werden. Wenn man sich die mittelfristige Finanzplanung dieses Haushaltes ansieht, gehen wir in nächsten Jahren von steigenden Einnahmen bei Gewerbesteuern, Einkommensteuern und Zuweisungen aus. Das ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre in hohem Maße unrealistisch. So gesehen, diente die Diskussion um die Verkäufe städtischen Eigentums nur der Verschleierung der tatsächlichen Situation. Das bedeutet, wir befinden uns weiter auf

den Weg in die Schuldenfalle mit ca. 68 Mio € sich jährlich weiter anhäufende Schulden und wir schütten die Erlöse aus den Verkauf städtischen Eigentums, quasi ein Fass ohne Boden.“

Applaus

Herr Weiland: „Alle anderen im Vorfeld geführten Diskussionen, wie Selbsterwerbermodelle oder echte Verkäufe sind dann schon eher sekundär. Wobei ich zu den Selbsterwerbermodellen noch anmerken möchte, dass ist meines Erachtens lediglich eine verdeckte Kreditaufnahme der Kommune am Kapitalmarkt darstellt, allerdings zu ungünstigeren Konditionen als eine wirkliche Kreditaufnahme. Vor diesem Hintergrund bin ich natürlich froh, dass diese Position durch die Ergebnisse der Diskussion zwischen den Fraktionen des Stadtrates weitgehend vom Tisch sind und einer realistischeren Sicht der Dinge Platz gegeben haben. Aufgabe der Politik kann es hierbei sowieso nur sein, Rahmen zu setzen und Ziele zu beschreiben und auf deren Einhaltung zu achten. Was bleibt zu tun? Letztlich brauchen wir eine Sanierung des städtischen Haushaltes nach einem allgemeinen akzeptierten Zielsystem. Und statt einer ungebremsten Ausgabenmentalität der städtischen Verwaltung und Einrichtungen, eine Kultur des Sparens. Ziel kann dabei nur sein, die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt konsequent zu unterstützen und ansonsten alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Dabei sehen wir keine Notwendigkeit, bei den Planungskosten, ich sagte bereits für den dritten Saalübergang, bei Kunstrasenplätzen und natürlich bei Stadionneubauten, die an Forderungen durch das klamme Land unklar ist und die den städtischen Haushalt langfristig mit massiven Betriebskostenzuschüssen belasten werde. Das unrühmliche Beispiel der Händelhalle haben wir ja alle unmittelbar vor Augen. Selbstverständlich muss auch die bestehende Förderung des Sportes und der Kultur überprüft werden. Auch hier kann nicht alles so bleiben wie es ist. Gegebenenfalls werden wir auch nicht umhinkönnen, die Verträge mit dem Land zur Förderung der kulturellen Einrichtungen einer Überprüfung zu unterziehen beziehungsweise um eine Revision nach zusehen. Auf alle Fälle brauchen wir in dieser kritischen Situation angemessene Maßstäbe und vor dem Verkauf der Stadtwerke kann ich mir, auch unter dem Aspekt der Erhaltung einer guten Lebensqualität für die Bürger der Stadt, schon noch vorstellen auf etliche Dinge der Kategorie „Nice to have“ zu verzichten. Der von uns eingebrachte Änderungsantrag zu Punkt 4 der Beschlussvorlage dient zum einen der umfassenden Information des Stadtrates zu den beabsichtigten Beteiligungsverkäufen und zielt so darauf ab, vor gegebenenfalls notwendigen Entscheidungen eine umfassende Information zu sichern. Falls die Darstellung strategischer Ansätze und die Folgeabschätzung für die Stadt nicht erarbeitet werden, können wir nach der Sommerpause hilfsweise die Liquidierung der Beteiligungsmanagementanstalt beantragen. Wir meinen damit, dass dort, wo Konzept draufsteht auch ein Konzept drin sein sollte. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Die grundlegenden Mängel der vorliegenden Beschlussvorlage habe ich in meinem Beitrag ausreichend skizziert. Es ist nicht so, dass diesen mit einigen Änderungsanträgen zur Umschichtung von einigen 10.000 € von einer in die andere Haushaltsstelle abzu helfen wäre. Ich kann die Verwaltung und insbesondere deren Chefin nur auffordern sich der Kritikpunkte ernsthaft anzunehmen. Ich gehe nicht davon aus, dass nachgelagerte Konsolidierungskonzepte der Königsweg sind. Vor allem auch deshalb, weil damit wieder nur eine ausschnittsweise Zielbestimmung erfolgt und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt, als Ziel aller Politik, aus dem Blick gerät. Wir werden dem Haushalt deshalb nicht zustimmen. **Weiterhin beantrage ich die Punkte der Vorlage einzeln abzustimmen.** Abschließend möchte ich mich noch bei Herrn Funke, obwohl aus dem Amtsbereich ausgeschieden ist, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die durchaus aufwendige Begleitungen der Haushaltsberatung herzlich bedanken. Aber ich sag es gleich, auch da sind noch Wünsche offen. Ich sag nur digitale Version des Haushaltes, denn der Papierkrieg war, glaube ich, für alle Beteiligten durchaus nervend. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

## Sondersitzung vom 14.07.2005

### Wortprotokoll

#### **Auf Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitglieder wurde ein Wortprotokoll erstellt:**

Herr Bartl: „Jetzt haben wir alle Anträge und jetzt die gesamte Vorlage mit all den Änderungen so wie wir sie hier, heute, jetzt beschlossen haben.“

Herr Weiland: „**Ich hatte darum gebeten die Punkte einzeln abzustimmen, Herr Bartl.**“

Herr Bartl: „Ja, dann stimmen wir jetzt über die, wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir einzeln, die einzelnen Punkte, die Beschlusspunkte abstimmen.

Wer ist dafür, dass wir einzeln abstimmen, bitte ich um sein Handzeichen.

Die Gegenprobe. Das ist die Mehrheit.

So ist dieser Antrag abgelehnt und wir stimmen jetzt über die gesamte Vorlage mit den beschlossenen Änderungen ab.

Und ich bitte sie, wer ist für diese Vorlage mit den gesamten Änderungen, bitte jetzt um sein Handzeichen. Ich denke, wir müssen auszählen.

Noch mal. Die gesamte Vorlage. Ja, jetzt die Gegenstimmen bitte. Enthaltung. Eine Enthaltung.

Also, bei 50 abgegebenen Stimmen ist mit 26 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Beschlussvorlage angenommen.“

Applaus

Herr Bartl: „So ich danke ihnen für die Geduld und bitte um Entschuldigung, dass so manches drunter und drüber ging und dass wir doch recht lange überzogen haben. Kommen sie gut nach Hause.“